



2014 – ein deutsches Schicksalsjahr

☒ Die 14-er-Jahre in der deutschen Geschichte haben es in sich. 1814 ziehen preußische Truppen in Paris ein, und Napoleon wird nach der französischen Niederlage nach Elba verbannt. 100 Jahre später bricht der Erste Weltkrieg aus, an dessen Ende im Jahre 1918 Deutschland ein geschlagenes und teilweise besetztes Land ist. Und auch das Jahr 2014 könnte in die Geschichte eingehen.

(Von Jorge Miguel)

Denn 2014 treffen mehrere entscheidende Ereignisse aufeinander. Zum einen tritt die Eurokrise in eine neue, entscheidende Phase ein. Bereits jetzt hat Finanzminister Schäuble angekündigt, dass Griechenland 2014 mehr Geld braucht und Deutschland dieses selbstverständlich bezahlen werde. Unabhängig davon, dass die eigenen Anstrengungen der Griechen nicht gerade dafür sprechen, das Land weiter zu unterstützen. Privatisierungen von Staatseigentum gibt es kaum, die Steuerzahlungen der Griechen bleiben aufgrund der schlechten Steuerverwaltung weiterhin bescheiden, und die reichen Griechen – die sich zum Teil mit ihrem Vermögen ins Ausland abgesetzt haben – bleiben von Vermögensabgaben weiterhin unbehelligt. Warum sollten die Griechen denn auch ihre eigenen Vermögenden schröpfen, wenn es so leicht ist, die Deutschen und andere Nordeuropäer zur Kasse zu bitten.

Und was man den Griechen nicht verwehrt, kann man den Portugiesen, Zypriern etc. etc. kaum verweigern. 2014 könnte also das Jahr werden, indem Deutschland in eine totale, unwiderrufliche Transfergemeinschaft eintritt, in der auf Jahrzehnte die schwachen, südlichen Mitglieder der Eurozone Gelder von den stärkeren, nördlicheren Ländern erhalten. Denn merke, sagt Merkel: Scheitert der Euro, scheitert Europa – und das sollte uns doch ein paar Hundert Milliarden oder auch ein paar Billionen wert sein...

Noch eines ist klar: Das Überleben des Euros kann tatsächlich nur durch massive Transfers gesichert werden – wenn diese nicht erfolgen, gehen mehrere Länder der südlichen Eurozone innerhalb kürzester Zeit Pleite und die Eurozone zerbricht. Merkel und Schäuble und erst recht die rotgrüne Opposition scheinen sich daher – sozusagen alternativlos – für diesen Weg entschieden zu haben und suchen nun noch nach Wegen, dies dem deutschen Steuerzahler nahezu bringen. Doch spätestens nach den Wahlen dürften im Jahr 2014 sämtliche Hemmungen fallen, die Deutschen für das monströse Europrojekt zur Kasse zu bitten.

Auch in anderer Hinsicht wird 2014 ein deutsches Schicksalsjahr. Inzwischen hat es sich bis in das letzte rumänische und bulgarische Romaviertel rumgesprochen, dass es in Deutschland Geld für die reine Anwesenheit gibt – ein üppiges Kindergeld und dazu ggf. noch Hartz IV-Leistungen bei minimalen Arbeitsleistungen. Insofern dürften die anvisierten 180.000 Neuzuwanderer aus den beiden Ländern in 2014, von denen die Arbeitsagentur ausgeht, viel zu niedrig sein. Und daher dürften die Zustände nach Beginn der völligen Freizügigkeit am 1.1.2014, wie sie derzeit schon in Duisburg zu beobachten sind, auch in anderen Städten zur Regel werden. Die Vermüllung von Häusern und Straßen, eine rasant steigende Kriminalität sowie Aggressionen gegenüber den deutschen Anwohnern dürften zum Alltag im Laufe des Jahres 2014 in so manchen deutschen – vor allem strukturschwachen Städten mit

viel Leerstand – werden.

Die Politik schaut hierbei nur zu, lässt ihre eigenen Bürger und Wähler im Stich, im Namen einer über alles geheiligten „Freizügigkeit“ in der EU, die trotz aller massiven Nachteile nicht einmal vom CSU-Innenminister infrage gestellt wird. Stattdessen soll es mal wieder mit dem Zauberwort „Integration“ und einem Haufen deutschen Steuergeldes geregelt werden. Auf die Ergebnisse dieser Wundertütenregelung im Jahr 2014 ff. darf man als deutscher Bürger schon jetzt gespannt sein...

Hinzu kommt eine massive Einschränkung der demokratischen Grundrechte. Bereits jetzt werden im aktuellen Wahlkampf Menschen, die Werbung für die AFD machen, massiv von Linksextremen angegriffen. Und es gibt bislang keine Politiker der etablierten Parteien, die sich schützend vor die AFD stellen. Ein gewalttätiger Wahlkampf gegenüber der neuen Konkurrenz scheint also durchaus akzeptiert zu sein, auch wenn man sich natürlich selber nicht die Hände schmutzig macht, sondern dies den linksextremen Autonomen überlässt.

Insgesamt ist Deutschland auf einem Weg, der jeden Bürger, der sich nur ein bisschen für die politische, wirtschaftliche und soziale Lage im Land interessiert, extrem nachdenklich stimmen sollte.

Einen Blick in die deutsche Geschichte zeigt: Auch 1913 war noch ein relativ ruhiges Jahr in Deutschland, bevor 1914 die Geschichte in eine vollkommen neue Phase eintrat. Ob die Deutschen allerdings ihre Lehren aus der Geschichte ziehen und sich aktiv gegen die derzeitigen, für alle sichtbaren ungunstigen Entwicklungen wehren oder aber doch – wie fast immer in den letzten 100 Jahren deutscher Geschichte – doch eher passiv bleiben und dem Lauf der Geschichte lediglich zuschauen, bleibt abzuwarten. Und vielleicht muss die deutsche Geschichte tatsächlich auch erst wieder einmal in der absoluten Katastrophe enden, bevor sich etwas grundlegend ändert.



Grünen-Minister will totale Verkehrsüberwachung



Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne, Foto) gibt sinnbildlich „Vollgas“ – er fordert eine PKW-Maut für alle Straßen innerhalb von Deutschlands und will dies mit einer [„intelligenten satellitengestützten Überwachung“](#) kontrollieren.

(Von cantalooop)

Der ehemalige Deutschlehrer und selbstbekenkende Technik- und Fortschrittshasser kann nun endlich wieder seiner Lieblingstätigkeit frönen: wie kann ich den Autofahrer, die Bevölkerung und die deutsche Wirtschaft noch mehr schröpfen!

Nachdem er uns ja trotz seiner Ankündigung, sich vom Amt zurückzuziehen, falls Stuttgart 21 doch gebaut werden würde,

trotzdem noch mit seiner Anwesenheit beglückt, glaubt er nun den Schlüssel zur Weisheit gefunden zu haben.

Eine flächendeckende Pkw-Maut für alle Verkehrsteilnehmer innerhalb Deutschlands, zusätzlich zur Kfz- und Mineralölsteuer.

Wir kontrollieren dann den autofahrenden Bürger einfach via Satellit – zu seiner eigenen Sicherheit, versteht sich – und können so problemlos die angedachte Maut eintreiben. Es sollen ja nicht nur die Autobahnen kostenpflichtig werden, sondern auch alle Bundesstraßen. Ein gigantisches Kontrollsystem soll extra dafür geschaffen werden – über dessen Kosten uns der Minister allerdings im Dunklen lässt.

Ein sehr gerechtes System findet Hermann – da es für „Vielfahrer dann deutlich teurer wird als für Leute, die nur ab und zu unterwegs sind“. Besonders gerecht ist dies sicher für die nicht so gut verdienenden Arbeiter und Angestellten, die täglich aufs Kfz angewiesen sind, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Die horrenden Kosten für Autofahrer sollen also noch mehr erhöht werden, so dass ein Kfz irgendwann zum „Luxusgut“ wird. Und das ausgerechnet in Baden-Württemberg, wo bekanntlich jeder sechste Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit der Automobilindustrie zu tun hat.

Von einem Stasi-ähnlichen Überwachungs- und Aushorchsystem spricht indes die FDP. Dem grünen Spitzenkandidaten Trittin würde im Moment „noch“ eine Maut für Fahrzeuge oberhalb von 3,5t auf Bundesstraßen genügen. Plus ein Tempolimit, versteht sich.

Zieren sie sich nicht, Herr Trittin – da geht doch noch was. Ihr schwäbischer Parteifreund aus Rottenburg, der trotz Germanistik-Studium nicht in der Lage ist, hochdeutsch zu reden, wird Ihnen zeigen, wie man noch etwas mehr aus dem autofahrenden deutschen Michel „rausholen“ kann.

Sicherlich ist dieses angedachte Hermann-System noch

ausbaufähig – so könnte man doch die Satellitenüberwachung gleich mit dem Tacho des Fahrzeuges koppeln und somit potentielle Temposünden gleich „mitverrechnen“. Natürlich nur zur eigenen Sicherheit der Bevölkerung, versteht sich. Die Grünen wollen wie immer nur das Beste für uns. Ja, wir in BW haben es halt gut!

Wie sich allerdings ein ehemaliger Deutschlehrer als Experte für Verkehrsfragen empfiehlt, erschließt sich mir immer noch nicht ganz. Aber wahrscheinlich bin ich dafür noch nicht „grün“ genug...

Allah – nur ein Götzenbild von vielen

In einer heidnischen, von Polytheismus geprägten Gesellschaft, ist es nicht leicht, den Monotheismus durchzusetzen. Doch Mohammed hat es geschafft. Mit viel physischer Gewalt, Privilegierung der Männer, List und falschen Versprechungen. Dabei Allah ist nicht Gott, sondern nur ein Gott von vielen.

(Von „onrop“)

Während Mohammeds Lebzeiten herrschten die Quarisch in Mekka. Das war ein arabischer Stamm, dem Mohammed und seine Familie angehörten. Dieses Volk hatte um die 360 Gottheiten, der Hauptgott hieß Hubal, daneben gab es noch ein anderes Götzenbild: Allah. Letzteren gab es also schon vor der Begründung des Islams. Dafür spricht auch, dass Mohammeds Vater Abd-Allah (was „Sklave Allahs“ bedeutet) und sein Onkel Obied-Allah hieß. Die Familie hatte offensichtlich ein Faible für diese Gottheit. Da ist es nicht verwunderlich, dass Mohammed sich für die Anbetung genau dieses Götzens stark

gemacht hat. Ich gehe hier nicht zu sehr ins Detail, jedoch kann man sich folgende Argumentation für Streitgespräche mit Moslems merken.

Die Kaaba gab es schon lange *vor* Mohammed und dem Islam. Eines Tages ist sie abgebrannt und wurde neu aufgebaut, Mohammed hat dabei mitgeholfen. Dort wurden verschiedene Götter angebetet, u.a. Allah, der Gott des Mondes. Der Halbmond war ein weitverbreitetes Symbol zur damaligen Zeit und auch heute finden wir ihn auf diversen Flaggen. Schon damals wurde Richtung Mekka gebetet. Wichtig ist, zu zeigen, dass Allah einer von vielen war. Der unumstößliche Beweis dafür findet sich sogar im Koran selbst. Dort steht: „La ilaha illa'llah“ – es gibt keinen Gott außer Allah. Gerne wird es auch mit „es gibt keinen Gott außer Gott“ übersetzt, doch das ist falsch und jeder Moslem wird da widersprechen, denn er wird immer Allah als Gott ansehen und nicht „Gott“, weil es sich um den christlichen Gott handeln könnte. Außerdem heißt es nicht: „Es gibt keinen Allah außer Allah“. Es wird darauf bestanden, dass es in jeder Sprache „Allah“ heißt und nicht synonym mit dem Wort „Gott“ der jeweiligen Sprache gesetzt wird, z.B. „Dio“ auf Italienisch, „Tanrı“ auf Türkisch oder „Bóg“ auf Polnisch. Nein, es ist immer „Allah“.

Es ist klar, dass Mohammed keinen neuen Gott einführen wollte, sondern seinen eigenen, den er selbst „den Gott“ nannte und damit Allah meinte. Macht die Moslems darauf aufmerksam. Es ist wichtig, dass sie sich mit der vorislamischen Zeit in Arabien auseinandersetzen, damit sie sehen, dass sie nur ein Götzenbild anbeten.



Schießerei in Bielefeld

☒ Daran, dass seit einiger Zeit in Deutschland Konflikte zunehmend mit Fäusten und Messern „bereinigt“ werden, haben wir uns mittlerweile schon beinahe gewöhnt. Samstagnachmittag aber waren in einem türkischen Lokal in Bielefeld derlei „schwache“ Argumente offenbar nicht mehr ausreichend, ab sofort wird wohl scharf geschossen.

(Von L.S.Gabriel)

Am vergangenen Samstag, gegen 16.15 Uhr betraten vier Deutsch-Albaner die zur Tatzeit gut besuchte Bielefelder Gaststätte. Wie Augenzeugen berichten, fing einer der Männer mit einem 44-jährigen türkischen Gast einen Streit an, in dessen Verlauf er dem Mann eine Flasche über den Kopf geschlagen habe. Daraufhin zog dieser, in bester Wildwestmanier, eine Schusswaffe und feuerte mehrmals auf die vier Männer.

Das [Westfalenblatt](#) schreibt:

Ein Großaufgebot der Polizei traf wenige Minuten nach den Schüssen am Tatort ein, da sie gerade einen Einsatz am Hauptbahnhof hatte. Der 44-jährige mutmaßliche Täter war nach den Schüssen zu Fuß geflüchtet, konnte von den Polizeibeamten allerdings noch auf der Friedenstraße überwältigt und festgenommen werden. Auch die vermeintliche Tatwaffe wurde nach einem Hinweis des Beschuldigten sichergestellt. Ein Bekannter des Täters hatte sie versteckt.

Zum Motiv des Geschehens gibt es noch keine genauen Erkenntnisse. »Es gibt unterschiedliche Darstellungen«, sagte Einsatzleiter Hans Hollmann. Hintergrund des blutigen Streits könnte nach Informationen des WESTFALEN-BLATTES ein Vorfall aus dem vergangenen Dezember sein: Damals soll der Box-Europameister Besar Nimani, der gebürtig aus dem Kosovo stammt, in der Innenstadt Opfer einer Schutzgelderpressung geworden sein. Nimani soll dabei einen 45-Jährigen geschlagen haben, der Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung erstattete.

Laut [Polizeibericht](#) erlitt der schießwütige Türke einen Kieferbruch und trug vom Angriff mit der Falsche eine Platzwunde am Kopf davon. Bei keinem der Schussopfer besteht Lebensgefahr, sie wurden alle in Bielefelder Krankenhäuser eingeliefert.

Fünf Verletzte, ein riesiges Polizeiaufgebot, verängstigte Bürger – an Szenarien dieser Art müssen wir uns wohl gewöhnen denn:

„Die 2,7 Millionen Menschen aus türkischen Familien, die in Deutschland leben, gehören zu uns, sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.“ (Maria Böhmer, CDU).

Ja, und dank einer unverantwortlichen Einwanderungspolitik sind sie da. Dank einer kaputtgesparten Exekutive haben sie den Eindruck unbeobachtet und unbehelligt, sogar am helllichten Tag, Deutschland in ihren persönlichen Kriegsschauplatz verwandeln zu können. Schutzgelderpressung, Mord und Totschlag, wer sich in den Weg stellt und die gut sichtbare Wahrheit anspricht ist ein Rassist. Und dank des laschen Urteilsgebarens einiger Richter, die toleranztrunken, verständnisvoll und wohl oft auch einfach ängstlich Urteile

sprechen, die den Tätern ein mildes Lächeln kosten und den Opfern den Angstschweiß auf die Stirn treiben, wird dieser bunte Reichtum an Gewalt und Terror sich noch ausweiten.

Wichtig ist aber einzig und allein, dass diese Subjekte sich auch willkommengeheißten fühlen, dann wird schon alles gut werden. Sicherlich.

Coop verkauft Mörder-Schreibunterlage

☒ Ein gebildeter Bürger weiß heute um die unzähligen verkaufpsychologischen Tricks, die von Supermärkten angewandt werden, um uns während des Einkaufs möglichst viel Geld aus der Tasche zu ziehen. Sei dass die saftig-frische Gemüse- und Früchteabteilung direkt beim Eingang, der wundervolle Duft in der Haushaltsabteilung, die entspannende oder aufpeitschende Musik, als begleitendes Stimmungs-Element oder gar der grundsätzliche Aufbau eines Ladens, da man angeblich „links herum“ besser einkauft – die Manipulationsversuche sind schier unzählig.

(Von „Die Realität“)

Es ist daher relativ überraschend, wenn man in einem solch durch und durch kapitalistisch orientierten Warenhaus ohne Vorwarnung direkt an eine im Scheinwerferlicht präsentierte Che Guevara Schreibunterlage läuft – in der Abteilung für Schultensilien, für den ersten Schultag der Kinder, versteht sich.

So gesehen, in einer Coop City Filiale der Coop Genossenschaft, die in der Schweiz nach der Migros

Genossenschaft das zweitgrösste Detailhandelsunternehmen ist. Nach Umsatz und Mitarbeiterzahl ist Coop sogar der grösste Schweizer Handelskonzern.

Leicht irritiert begibt man sich, objektiv wie man ist, interessiert in eine zweite Filiale, um eine korrekte zweite Referenzquelle zu erbringen. Und tatsächlich, auch in der zweiten Coop City Filiale von Coop findet sich Massenmörder Che in derselben Abteilung, auch wenn er sich hier den Platz mit Micky Mouse und Co. teilen muss, ohne im Rampenlicht stehen zu dürfen.

Es wäre interessant zu wissen, welche Person(en), welche Entscheidungsebene des Warenhändlers dieses Produkt gutgeheissen hat und auch welchen Zweck der Verkauf einer solchen Schreibunterlage verfolgt – ein kapitalistischer kann es ja nicht sein..

Für [Fragen und Anliegen](#) zum Sortiment steht das Coop Info-Service, im Rahmen des Konsumentendienstes auf der Internetseite der Firma zur Verfügung.



**Duisburg: Vor Pro-
Deutschland-Demo warnt CDU**

vor Auseinanderfallen ganzer Stadtteile

☒ Nach dem linken Übergriff auf Anwohner ist die Lage vor dem Roma-Haus angespannt. Die Menschen, die seit Jahrzehnten in diesem Viertel wohnen, werden vom Mob aus Linken und Zigeunern permanent bedroht ([PI berichtete](#)). Den Deutschen und angepassten Zugewanderten ist von der linken SA und ihren Helfershelfern in den Altparteien der Krieg erklärt worden! Das muss allen Bürgern, die sich nach Recht und Gesetz sehnen, klar sein! Noch ist Zeit, das Blatt zu wenden! Noch gibt es halbwegs freie Wahlen, bei denen man Parteien des Rechts und des Respekts wählen kann!

(Von Marsianer)

Währenddessen warnt Petra Vogt von der CDU in der [Rheinischen Post \(RP\)](#) davor, dass ganze Stadtteile wegbrechen könnten:

Der CDU-Rechtsexperte Peter Biesenbach hält das Vorgehen der Polizei für zu lasch. „Wenn Jäger dort genauso konsequent vorgehen würde wie gegen die Rocker, hätten wir nicht so viele Probleme.“ Biesenbach fordert, gegen Kriminelle, die in dem Haus leben, mit Nachdruck vorzugehen. Auffällig gewordene Minderjährige sollten in geschlossene Heime gebracht werden. Dies sei möglich, wenn Verwahrlosung drohe. „Die Situation birgt extremen sozialen Sprengstoff. Wer etwas anderes behauptet, belügt die Bevölkerung“, sagte Duisburgs Stadtdirektor Reinhold Spaniel (SPD). Er könne „die Sorgen der Anwohner verstehen, die sich durch das Verhalten der Südosteuropäer belästigt fühlen“. Auch nach Ansicht der Duisburger CDU-Landtagsabgeordneten Petra Vogt ist die Situation „explosiv. Die Zuwanderer müssen sich an Recht und Gesetz halten – sonst brechen uns ganze Stadtteile weg“.

Zudem weist die RP auf die Demo-Serie von Pro-Deutschland hin:

Am Donnerstag will „Pro Deutschland“ vor dem Haus demonstrieren. Es handelt sich um die Gruppierung, deretwegen es unlängst in Berlin zu heftigen Krawallen vor einem Asylbewerberheim gekommen war. „Pro Deutschland“ ist in dieser Woche in zahlreichen NRW-Städten unterwegs. Vor der Demonstration soll es eine Kundgebung an der Moschee in Duisburg-Marxloh geben.

Pro-Deutschland hingegen beklagt Repressionen gegen ihre Kundgebungstour, so hätte in Bremen die Polizei die Kundgebung ohne nachvollziehbaren Grund vorzeitig abgebrochen.

Vor zahlreichen Pressevertretern erläuterte Manfred Rouhs, Parteivorsitzender von Pro-Deutschland, während der Demonstration in Berlin-Hellersdorf die Gründe für die umfangreiche Städtetour gegen unkontrollierte Zuwanderung und Missbrauch des Asylrechts.

27-Jährige von Ehemann und Familie krankenhausaufreife diszipliniert

☒ Samstagabend wurden Anwohner der Prinzenallee im Berliner Stadtteil Gesundbrunnen Zeugen einer innerfamiliären Konfliktlösung, auf türkische Art. Offenbar musste dem 27-jährigen Opfer akut, nach islamischer Tradition, Gehorsam eingeprägt werden. Jedenfalls schlugen und traten wohl Ehemann, Vater und Brüder hemmungslos auf die junge Frau ein.

(Von L.S.Gabriel)

Die beiden fünf und sieben Jahre alten Kinder mussten zusehen,

wie die Männer ihre Mutter traktierten, [berichtet bz-berlin](#).

In der [Pressemeldung der Polizei Berlin](#) ist zu lesen:

Schwer verletzt kam eine Frau gestern Abend in ein Krankenhaus, nachdem sie von Familienangehörigen in einer Tiefgarage in Gesundbrunnen malträtirt wurde. Durch Schreie aufmerksam gewordene Passanten alarmierten gegen 19.30 Uhr die Polizei. Daraufhin flüchtete die Tätergruppe. Die eintreffenden Polizisten fanden die Frau in der Tiefgarage verletzt auf dem Boden liegend vor. Ihre beiden Kinder im Alter von fünf und sieben Jahren waren bei ihr. Die ebenfalls alarmierten Rettungskräfte der Feuerwehr versorgten die 27-jährige Berlinerin mit Migrationshintergrund und brachten sie zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus. Nach den ersten Erkenntnissen sowie Zeugenaussagen wurde die Frau von Familienangehörigen und ihrem Ehemann verbal bedroht, festgehalten, getreten und geschlagen. Bei dem Gerangel stürzte die Frau zu Boden und schlug mit dem Kopf auf. Die Kinder wurden auf Wunsch der 27-Jährigen in die Obhut des Jugendamtes gegeben. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an.

Ob die Kopfverletzung tatsächlich von einem Sturz auf den Boden herrührt, oder ob die Frau nach Kopftretermanier am Schreien gehindert hätte werden sollen, darüber darf spekuliert werden.

Dass Ehemänner ihre Frauen schlagen, ist durchaus auch in der autochthonen Bevölkerung ein leider immer noch vorhandenes Übel. Aber, dass ganze Familienhorden eine Frau krankhausreif prügeln ist wohl eindeutig eine Bereicherung, durch die „Schlagt-die-Frauen-Kultur“ der Korantreuen. Unsere Frauenhäuser sind voll mit moslemischen Frauen, die sich nicht mehr nach Hause trauen, denn eine zivilisierte Trennung, wie bei uns normalerweise üblich, ist in der Tradition des Ehrenmordes nicht vorgesehen. Solange diese atavistischen

Männer sich ihre Lebensphilosophien aus dem Koran holen, werden Frauen, mit religiöser Rechtfertigung im besten Fall „nur“ krankenhaushausreif geprügelt, im schlimmsten Fall erstochen, erschlagen, mit Säure übergossen oder auch angezündet werden. Aber diese, für uns brutal anmutenden, überlieferten Riten müssen wir wohl *aushalten* in unserer Willkommensdiktatur.



Stuttgart: Asyldauerstreik in der Innenstadt

☒ Seit Wochen kampieren Asylbewerber u. a. aus Pakistan, Afghanistan und dem Irak vor dem Integrationsministerium in der Thouretstraße / Ecke Königstraße. Es wurde beobachtet, dass öffentlich der Gebetsteppich ausgerollt wurde um gen Mekka zu beten, was die Frage nach der religiösen Ausrichtung der meisten (aller?) Asylbewerber dort beantwortet.

(Von PI-Stuttgart)

PI-Stuttgart sprach mit den Protagonisten vor Ort. Die Stimmung unter den Asylbewerbern war aufgeheizt. Am Rande gab es eine kleine Schlägerei und lautstarke Auseinandersetzungen unter den Asylbewerbern.

Hier ein kurzes Video:

Die maßgeblichen Unterstützer der Asylanträge rekrutieren sich aus dem linksradikalen Lager der Antifa (die Personen sind PI bekannt). Nach den Zielen des Protestes gefragt, wurde besonders ein Anliegen von mehreren Personen an erster Stelle genannt:

„Es ist unzumutbar, wenn die Asylbewerber deutsches Essen bekommen.“

„Es ist ein Skandal, dass sich die Flüchtlinge nicht gemäß ihrer Kultur und Religion ernähren können...“ usw.

Natürlich wurde auch die Situation in den Unterkünften, die langen Bearbeitungszeiten der Asylanträge und die Residenzpflicht beklagt. Aufgrund der latenten Aggressivität mancher Protestler verzichtete der Interviewer dann doch auf eine Diskussion vor Ort. Was passiert wäre, wenn Antifa und Co. gewusst hätten, wer da Inkognito vor ihnen stand, muss an dieser Stelle wohl nicht ausgeführt werden...

Besonders interessant ist es aber, dass die Asylbewerber, die nach eigenen Angaben alle aus dem Main-Tauber-Kreis kommen, bisher überhaupt nicht gezwungen wurden, bestimmte Speisen zu essen. Sie bekamen von den Behörden Punktekarten, mit denen sie in bestimmten Supermärkten einkaufen gehen konnten, ohne dass ihnen jemand dabei Vorschriften machte, welche Produkte sie dort kaufen sollten. In der Konsequenz kann das nur heißen, dass sie die jetzt geforderten Geldmittel anderweitig einsetzen oder in halal-konformen Geschäften ihre Lebensmittel kaufen wollen. Was allerdings wieder nur parallelgesellschaftliche Strukturen manifestieren würde. Wollen das die Unterstützer?

Die Forderung nach einer schnelleren Bearbeitung der Asylanträge ist natürlich zu unterstützen, da dadurch den Steuerzahlern Kosten an vielen Stellen erspart bleiben würden. Zum einen erfüllen die meisten Antragsteller die Bedingungen ohnehin nicht und könnten so schneller wieder abgeschoben

werden und zum anderen würden dadurch die meisten Forderungen und Folgekosten obsolet.

Es stellten sich dann nicht mehr die Fragen nach Deutschkursen, der Möglichkeit zu Arbeiten, der Unterbringung, der Residenzpflicht und vielem mehr.

Ganz aktuell fordert jetzt auch die FDP ein Ende des Arbeitsverbotes für Asylbewerber. Dass es den Damen und Herren dieser Partei dabei nicht um Kosteneinsparungen für den Steuerzahler geht, liegt auf der Hand. Hier wird versucht, der Industrie billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Dass die Umsetzung dieses Vorschlages den Arbeitnehmer hierzulande, in den entsprechenden Branchen mit niedrigeren Löhnen treffen könnte, interessiert die FDP naturgemäß natürlich nicht.

Bei einem beschleunigten Asylverfahren müssten ohnehin die Arbeitsverbote nicht mehr gelockert werden, da nach einer Anerkennung das Arbeitsverbot, auch schon heute dann nicht mehr besteht. Die Wenigen, die dann bei uns blieben, könnten den Arbeitsmarkt (sofern sie Arbeit finden!) tatsächlich „bereichern“.

Um sich ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können hier ein paar Bilder:



Die hier auf dem Bild zu sehenden Asylbewerber machen nicht den Eindruck, dass die Herren (Damen sucht man ohnehin unter den protestierenden Asylbewerbern vergebens) bisher in größter Armut gelebt hätten. Oder sind die Bäuche erst durch die „unmenschlichen“ Bedingungen in Deutschland so angewachsen?!



Links und rechts sind Antifa-Aktivisten zu erkennen.



Prost! Antifa ganz unsensibel mit Bier in der Hand (haram!)



Frauen der linksradikalen Szene leben unter den Asylbewerbern. Wie das häufig endet, davon können [linke Aktivistinnen aus Berlin](#) viel erzählen.



Ob die Trägerin sich bewusst ist, dass ihre Kopfbedeckung (mit dem roten Stern) in der Vergangenheit radikalste kommunistische Sadisten und Despoten trugen? Wenn ja, umso schlimmer!



In Stuttgart darf wild plakatiert werden. Gilt natürlich nur für Antifa, MLPD und weitere Gesinnungsgenossen der grünen Machthaber.



Ein Besuch beim Duisburger

„Zigeunerhaus“



Sonntag, 14 Uhr. Ein

Besuch beim sogenannten „Zigeunerhaus“ in Duisburg-Rheinhausen (Foto). Bereits in mehreren hundert Metern Entfernung ist lauter Lärm zu hören. Je näher man herankommt, umso unerträglicher wird das Brüllen und Streiten der Zigeuner. Vor dem Haus herrscht ein ständiges Kommen und Gehen, Mittelklasse-Autos fahren vor und wieder weg, es wird viel hin und her transportiert und rücksichtslos gerast. Martialisch auftretende junge Männer gestikulieren und schreien. Fast alle sind gut gekleidet, wie „Elendsflüchtlinge“ (*Zitat Rheinische Post*) sehen sie nicht aus. Von den oberen Stockwerken wird immer wieder nach unten gebrüllt, manchmal auch etwas geworfen. Deutsche sind kaum zu sehen, nur auf der anderen Straßenseite sind einige wenige zu erblicken.

(Von Peter H., Mönchengladbach)

In der Beguinenstraße sieht man keine Autos von Anwohnern mehr, immer wieder wurden Reifen abmontiert oder zerstoßen. Jetzt parkt man nur noch in sicherer Entfernung. Es wird geklagt, die Zigeuner würden alles, was nicht niet- und nagelfest sei, sofort klauen. Also gibt es jetzt Gitterzäune vor den Gärten und Metallgitter vor den Fenstern. Am meisten leiden die Anwohner unter den Kindern der Zigeuner; diese würden die Deutschen anspucken und immer wieder mit Flaschen und Steinen bewerfen. Auch würden die Kinder von ihren Eltern ständig zum Stehlen ausgesandt. Da Kinder in Deutschland

strafunmündig sind, können sie nicht bestraft werden.

Immer wieder beklagen sich die Anwohner darüber, dass sie sich von der Stadt alleine gelassen fühlen. Unzählige Bitten um Hilfe hätten keinerlei Erfolg gebracht, aber wenn es im Zigeunerhaus brenne, schickten die Duisburger Behörden sofort Mitarbeiter, die dann die Schweine, Ziegen und Schafe der Zigeuner in Sicherheit brächten. Auch der Müll, den die Zigeuner oftmals einfach aus dem Fenster werfen, würde von den Behörden der Stadt brav aufgesammelt und entsorgt. Aber die Ängste und Nöte der deutschen Anwohner seien unwichtig, nicht einmal Parteien-Vertreter aus der unmittelbaren Nachbarschaft würden mit ihnen reden. Heute sind alle darüber empört, dass der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link (SPD) am Samstag, also nur einen Tag nach dem [brutalen Angriff von Linksextremisten auf eine Anwohnerversammlung](#), lieber eine Kirmes eröffnet habe, als hierher zu kommen.

Thema Nr. 1: Die linke Gewalt vom Freitag

An einer einen Kilometer vom Zigeunerhaus entfernten Trinkhalle stehen Deutsche und diskutieren über diese Gewalttat. Drei der Anwohner, darunter eine ältere Dame, waren bei dem Ereignis dabei und erzählen bereitwillig: Auf der Versammlung, auf der auch Vertreter von Kirchen und Sozialverbänden anwesend waren, wurde hauptsächlich über soziale Probleme diskutiert. Das Zigeunerhaus spielte natürlich eine Rolle, aber es gab auch andere Themen. Es waren mehrere junge Männer im Saal, die niemand kannte und die sich anfangs unauffällig und ruhig verhielten. Einige Teilnehmer dachten, es seien Studenten. Plötzlich begannen die Männer zu brüllen: „Nazis“, „Ihr seid alle Rassisten!“ Und unmittelbar darauf waren sie auch schon weg, weswegen sich erst einmal niemand Sorgen machte. Aber als die Versammlung kurz vor 21 Uhr beendet war und alle nach Hause wollten, wurden sie vor der Tür von ca. 20 teilweise vermummten Linksradikalen empfangen, die mit Holzprügeln und Stangen bewaffnet waren. Damit wurde den Männern, die Widerstand hätten leisten können,

sofort gezielt auf den Kopf geschlagen, ältere Leute und Frauen wurden „nur“ zu Boden gestoßen.

Der linke Schlägertrupp gehörte laut Aussagen von Anwohnern zu einer sogenannten „Nachtwache“, die vorgibt, die Zigeuner vor „rassistischen“ Deutschen schützen zu wollen. Zeitungen wie die *Rheinische Post* und die *WAZ* bringen diese Darstellung natürlich bereitwillig unters Volk. Der Kontakt zwischen dieser „Nachtwache“ und den Zigeunern ist offensichtlich sehr eng; immer wieder sind Vertreter beider Seiten in Gespräche verwickelt. Wenn Linke oder Zigeuner zu den Deutschen auf der anderen Straßenseite herüberschauen, dann lächeln diese sofort freundlich, fast unterwürfig. Die Angst der Anwohner ist unübersehbar. Und sie ist auch begründet: Inzwischen ist es 17 Uhr, aber noch immer ist kein Polizist zu sehen. Kein einziger Streifenwagen, nichts. Seit mindestens drei Stunden schon sind die Anwohner mit aggressiven Zigeunern und linken Schlägern alleine. Da ist man besser beraten, freundlich zu lächeln.



FOCUS über die Lüge von Andrea Nahles (SPD)



PI hatte am vergangenen Donnerstag bereits [über die Lüge der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzen Andrea Nahles](#) berichtet, die Darsteller ihrer Plakate seien Arbeiter aus dem wirklichen Leben. In einem nachgeprüften Fall, der vermeintlichen Gebäudereinigerin, stimmt dies nachweislich nicht. Die Dame ist Model und wurde aller Wahrscheinlichkeit nach von der Agentur gebucht, die für die SPD die Plakate entwarf. Denn in ihrem zweiten Beruf ist Corinna B. laut FOCUS auch keine Gebäudereinigerin, sondern Verkäuferin. Äußern darf sie sich wie auch die Model-Agentur gegenüber dem FOCUS nicht, denn beide mussten der SPD eine „Verschwiegenheitserklärung“ abgeben. Die SPD hat jetzt aber nicht nur ein massives Glaubwürdigkeitsproblem, sondern auch noch Ärger mit dem Berufsverband der Gebäudereiniger, denn dort gibt es den von der SPD auf dem Plakat geforderten Mindestlohn bereits. Pannen ohne Ende..

(Von Michael Stürzenberger)

Nachdem bei den Plakaten – in Vergrößerung gut zu erkennen – mit Photoshop gearbeitet wurde, liegt der Verdacht nahe, dass die Darsteller auch bei den anderen Motiven zusammengebastelt wurden. Wenn man nun im FOCUS den Artikel neben der Model-Geschichte liest, der auch über die SPD geht, kommt es noch besser: Es bahnt sich bei der Bundestagswahl offensichtlich ein Debakel an, und in Berlin soll sich auch noch das

Führungspersonal streiten. Eine Mitarbeiterin der SPD-Bundestagsfraktion finde den Machtkampf zwischen drei Typen „nur noch ekelhaft“. Es ginge denen „nur um ihr persönliches Schicksal“. Der hessische SPD-Generalsekretär Michael Roth meint hierzu, man hätte „keine Zeit für Therapiestunden“.

In Bayern gehe zudem die Angst vor einem „Super-GAU“ um. Es sei gut möglich, dass der „Spitzen“-Kandidat Ude unter die katastrophalen 18,6% der letzten Landtagswahl fiel, was eine Woche vor der Bundestagswahl einen „Tiefschlag“ bedeuten würde. Ausschließen könne man das nicht mehr, denn in Schwaben beispielsweise komme die SPD nur auf 15%. Noch schlimmer in Niederbayern: Dort läge die SPD nach bisher unveröffentlichten Umfragen hinter der CSU, den Freien Wählern und den Grünen nur auf dem vierten Platz!

Ein „altgedienter“ SPD-Genosse in Berlin äußerte laut Focus mit Sarkasmus, wenn die SPD bei der Bundestagswahl unter 20% fiel, würden die Machtkämpfe vorbei sein, denn dann seien die „alle weg“.

Wer sich also zu Wochenbeginn besonders gute Laune haben will, [hole sich heute den FOCUS..](#)

Grüne Kinderficker für Inzest Vater-Tochter

Die grünen Kinderficker und deren mediale Unterstützer, die sich tagelang aber sowas über einen lächerlichen Blondinenwitz von Brüderle aufregen mußten, machen weiter. Auch die kirchliche Mißbrauchsdebatte konnte nicht ausführlich genug ausgetreten werden, nur seit es um sie selber geht, wird geschwiegen und im Partei-Zentralorgan taz vertuscht. Das

Höchste ist aber, daß sie ungeniert weitermachen. Der RAF-Opa Ströbele [will Inzest](#) unter Geschwistern legalisieren, aber das reicht nicht. Nun *liegt die Forderung einer Parteiorganisation auf dem Tisch, Eltern ab dem 18. oder dem 16. Geburtstag – das ist nicht ganz klar – den sexuellen Zugriff auf ihre Kinder zu erlauben.* [Berichtet Martenstein!](#) Bezeichnend, daß andere Zeitungen darüber nicht schreiben, die Grünen können jede Schweinerei fordern, die Presse (und viele Pfaffen) finden sie immer sympathisch.